Ressort: Gesundheit

Kassen warnen vor Mehrausgaben durch geplantes Integrationsgesetz

Berlin, 07.05.2016, 08:00 Uhr

GDN - Die gesetzlichen Krankenkassen warnen vor Mehrausgaben durch das geplante Integrationsgesetz für Flüchtlinge. Das Gesetz stellt klar, dass Migranten in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts bei Amtsbesuchen Anspruch auf einen bezahlten Dolmetscher haben, berichtet der "Spiegel".

Das gelte auch für Arzt- oder Krankenhaustermine. "Wir schätzen, dass dadurch allein im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Mehrausgaben von rund 120 Millionen Euro pro Jahr entstehen", sagte Martin Litsch, Chef des AOK-Bundesverbands. Integration sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Daher fordert Litsch Steuergeld aus dem Bundeshaushalt. "Falls die gesetzliche Krankenversicherung in Vorleistung gehen soll, muss zumindest der Bundeszuschuss entsprechend angehoben werden." Spätestens nach 15 Monaten werden Asylbewerber über die gesetzlichen Kassen versichert, die Kosten trägt der Staat. Zuvor steht ihnen eine Grundversorgung zu.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-72075/kassen-warnen-vor-mehrausgaben-durch-geplantes-integrationsgesetz.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619